

Bündnis 90/Die Grünen

BewegGRÜNde

Marzahn-Hellersdorf - Sommer 2013

kostenlos

Inhalt



Umsteigen aufs Fahrrad Seite 2



Wernerbad vor dem Verkauf? Seite 2



IGA 2017 Seite 3



Klimaschutz in Marzahn-Hellersdorf Seite 3



Europas Geschäftsmodell korrigieren Seite 4

Lokale Agenda 21	2
Mahlsdorfer Stolpersteine	2
Discounter in Mahlsdorf	2
Parkfriedhof Marzahn	3
BVV-Fraktion	3
Krieg in Syrien	4
Energiearmut verhindern	4
Service & Impressum	4

Editorial

Mit dieser Ausgabe unserer BewegungGRÜNde wollen Bündnis 90/Die Grünen den Dialog mit Ihnen pflegen und Sie über unsere politische Arbeit informieren. Über eine Rückmeldung, sei es als Leserbrief, als kurze Anregung aber auch als Kritik freuen wir uns. Gerne können Sie uns auch bei einer unserer Veranstaltungen oder in unserer BürgerInnen-Sprechstunde besuchen.

Stefan Ziller und Cordula Streich, SprecherInnen von Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf

Neue Mobilität für alle

Bundesverkehrswegeplan muss GRÜNER werden

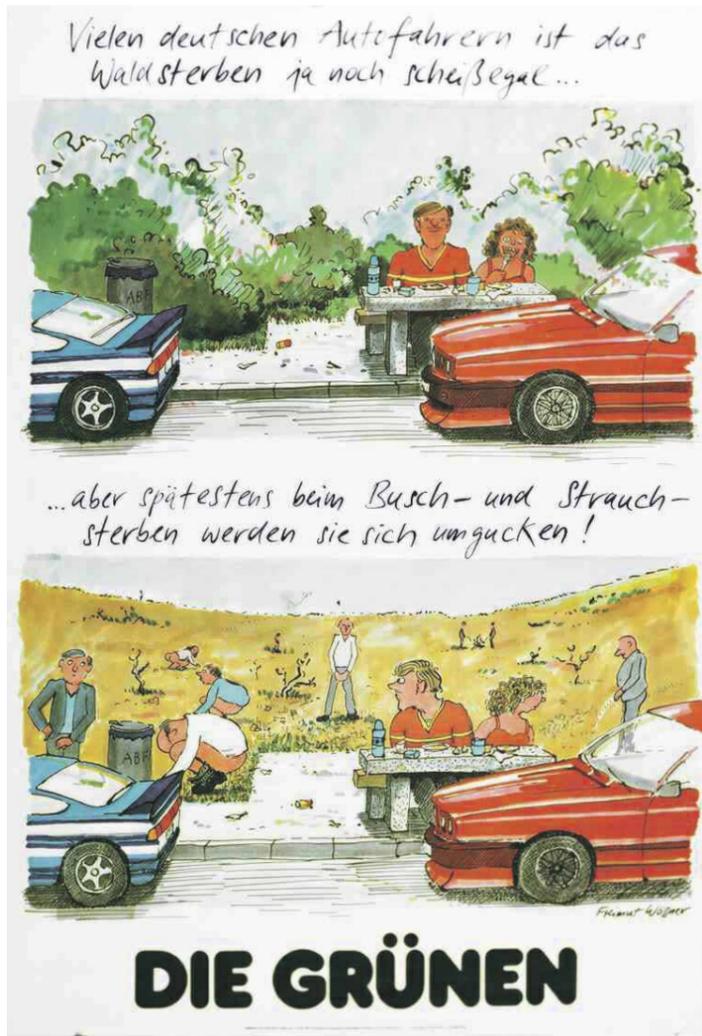
Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens und Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung. Gleichzeitig verursacht der Verkehr Lärm und Staus, er schädigt die Umwelt und das Klima. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger mischen sich deswegen selbst in die Verkehrspolitik ein und wollen diese mitgestalten: Auseinandersetzungen wie etwa um Stuttgart 21, die A100 bei uns in Berlin aber auch die dritte Startbahn am Flughafen München sind Beispiele dafür. In Marzahn-Hellersdorf ist unser Stuttgart 21 die Tangentialverbindung Ost – die TVO.

Seit Jahrzehnten in der Diskussion, immer mal wieder kurz vor dem Bau und immer Bestandteil großer Versprechungen und Hoffnungen. Doch je konkreter die Planungen werden, desto mehr Menschen erkennen den Preis der Versprechungen. Die von uns allen gewünschte Entlastung der Köpenicker Straße wird im Wesentlichen durch die zusätzliche Belastung von Balzer Straße sowie Ahlfelder Straße erkaufte, wenn die aktuellen Planungen von SPD und CDU in Senat und Bezirksamt realisiert werden.

Der Kampf für neue Mobilität in vielen Kommunen zeigt, dass moderne Verkehrspolitik sich danach ausrichten muss, dass alle Menschen ihre Bewegungsfreiheit nutzen können und gleichzeitig die negativen Folgen des Verkehrs so gering wie möglich gehalten werden. Neue Mobilität heißt ein Zusammenspiel von folgenden Maßnahmenpaketen: Vermeidung von motorisiertem Verkehr und die Verlagerung auf das ökologisch sinnvollste Verkehrsmittel. Dazu gehört auch, den motorisierten Verkehr ökologisch verträglich zu gestalten.

Auch in Marzahn-Hellersdorf gibt es mit der Nahverkehrstangente einen Vorschlag, neue Mobilität zu gestalten. Denn eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots in den Berliner Ost-Bezirken ist dringend notwendig. Die Vernetzung der Ostbezirke untereinander wird durch eine Nahverkehrstangente mit Start in Oranienburg und entlang der Haltepunkte Karower Kreuz – Springpfuhl – Biesdorf Süd – Grünauer Kreuz zum Flughafen BER bedeutend verbessert. Schnell, klimaschonend und unkompliziert zum Flughafen BER? Das ist unsere bündnisgrüne Vorstellung für unsere Stadt und unseren Bezirk!

Es ist unverständlich, dass die selbsternannte Infrastrukturkoalition dieses Projekt bisher sträflich vernachlässigt und einseitig und ohne die notwendige Bürgerbeteiligung das Straßenprojekt TVO forciert. So fehlt die Nahverkehrstangente – es überrascht niemanden wirklich – auf der Anmelde-Liste des Senats für die Aufstellung des Bundes-



Plakat: Die Grünen, Bundestagswahl 1990 / Grafik: Freimut Wössner

verkehrsweplans (BVWP) 2015. Dieser wird bis zum Jahr 2030 gelten und stellt die Weichen für die Umsetzung neuer Mobilität für uns alle!

Bündnis 90/Die Grünen haben daher die Initiative ergriffen und die Nahverkehrstangente selbst für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet.

Und im Herbst, nach einer hoffentlich gewonnenen Bundestagswahl am 22. September 2013, werden wir aus dem Bundesverkehrswegeplan einen Bundesmobilitätsplan machen. Das heißt, wir ermöglichen die Teilhabe aller an Mobilität, gleich ob in der Stadt oder auf dem Land – und mit bezahlbaren Preisen. Das gilt auch für die, die kein Auto besitzen – indem wir den öffentlichen Personenverkehr voranbringen. Wir stärken neue Mobilitätsformen, wie die Kombination von Rad, Bahn, Bus und Auto auf einer Strecke.

Und wir binden die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung neuer Ver-

kehrswege aktiv ein, weil sie etwas zu sagen haben und weil nur Akzeptanz die neue Mobilität ins Rollen bringt.

Für Marzahn-Hellersdorf heißt dies, die Nahverkehrstangente auf den Weg zu bringen und die weiteren Planungen der TVO kritisch zu begleiten. Wir werden alles dafür tun, Enteignungen im Biesdorfer Siedlungsgebiet zu verhindern und zu verhindern, dass durch Anbindungen der TVO der Verkehr in die kleinen Seitenstraßen geholt wird, sowie eine ernst gemeinte Beteiligung von BürgerInnen und Bürgern bei Senat und Bezirksamt einfordern.

Stefan Ziller
bündnisgrüner Kandidat
für die Bundestagswahl
im Wahlkreis 85
(Marzahn-Hellersdorf)
und auf Platz 6
der Berliner Landesliste



Volksbegehren – Neue Energie für Berlin

Berlin ist beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz.

Während schon heute bundesweit 25% des Stromverbrauchs mit Erneuerbaren Energien gedeckt werden, liegt der Anteil in Berlin gerade einmal bei 1,83%. Das ist ein Armutszeugnis! Weder der rot-schwarze Senat noch die schwarz-gelbe Bundesregierung wollen den Ausbau vorantreiben. Doch das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ – unterstützt von Bündnis 90/Die Grünen – hat ein Volksbegehren initiiert und fordert einen Volksentscheid zur Verabschiedung eines Gesetzes mit dem Ziel ein Stadtwerk, welches in Ökostromanlagen investiert, in öffentlicher Hand zu errichten, das Berliner Stromnetz wieder zu übernehmen und Energiearmut zu bekämpfen. Noch bis zum 10.6.2013 kann für den Volksentscheid unterschrieben werden. Aber auch danach heißt es für eine erneuerbare, kosteneffiziente und demokratische Energiewende in Bürgerhand zu kämpfen und die Stromerzeugung nicht Großkonzernen wie Vattenfall zu überlassen, die mit ihren klimaschädlichen Kohlekraftwerken Riesenprofite erwirtschaften. Weitere Infos zum Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ finden sich unter www.berliner-energetisch.net oder 030-243 57 803.



Sexismus

Debatte um ein überflüssiges Thema?

Seitdem die Journalistin Laura Himmelreich die Äußerung des FDP-Spitzenkandidaten Rainer Brüderle über ihren Brustumfang, der ein Dirndl gut ausfüllen könnte, öffentlich machte, befindet sich Deutschland in einer „Sexismusdebatte“.

Aber ist es wirklich eine Debatte? Wird sich mit dem Thema sachlich auseinandergesetzt? Frau Leutheusser-Schnarrenberger sah in der Äußerung des Herrn Brüderle ein Kompliment, der Bundespräsident Joachim Gauck befürchtete den „Tugendfurore“ und sah kein gravierendes, flächendeckendes Verhalten von Männern gegenüber Frauen. Eine Bloggerin auf FreieWelt.net gab die Empfehlung „dann mach doch die Bluse zu“. Sieben Frauen verfassten einen sachlichen Brief zu den Äußerungen des Bundespräsidenten (#Aufschrei). Hunderte unterschrieben innerhalb weniger Stunden. Spiegel-Online titelte: „Jetzt hacken sie auch noch auf Gauck herum“.

Die Mehrheit der Frauen hat Erfahrung mit sexueller Belästigung

Von einer sachlichen Debatte zum Thema Sexismus/sexuelle Belästigung kann somit nicht ausgegangen werden. Aber um was geht es dann? Als sexuelle Belästigung gelten unter anderem sexistische und geschlechtsbezogene entwürdigende bzw. beschämende Bemerkungen und Handlungen, unerwünschte körperliche Annäherung, Annäherungen in Verbindung mit Versprechen von Belohnungen und/oder Androhung von Repressalien.

Bündnis 90/Die Grünen Marzahn Hellersdorf ...

- verurteilen jede Form von sexueller Diskriminierung,
- setzen sich für eine gleichberechtigte Gesellschaft der Diversität ein,
- finden, dass so genannte „Herrenwitze“ z.B. über ausgefüllte Dirndls keine Petitesse sind, sondern sexuelle Diskriminierung darstellen.

Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums haben 58% von 10.264 befragten Frauen Erfahrungen mit sexueller Diskriminierung gemacht. Sind alle diese Frauen in Netzstrümpfen und offener Bluse durch die Welt gerannt und haben nur ein Kompliment falsch aufgefasst? Sicherlich nicht!

Männliche Sichtweise nicht der Maßstab

Es geht um eine Sichtweise, die heterosexuelle Männer als Zentrum, Maßstab und Norm versteht. Männer legen fest, wann eine Frau zu viele Reize zeigt und sich dann nicht wundern muss, wenn sie sexuell belästigt wird. Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen unterliegt heterosexistischen Maßstäben. Jede Frau, jeder Mann hat das Recht, selbst zu beurteilen, welches Verhalten sie/er als sexistisch/sexuell diskriminierend beurteilt.



Cordula Streich,
Sprecherin von
Bündnis 90/Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf

Umsteigen auf das Fahrrad ist angesagt Nur wo sind die Radwege?

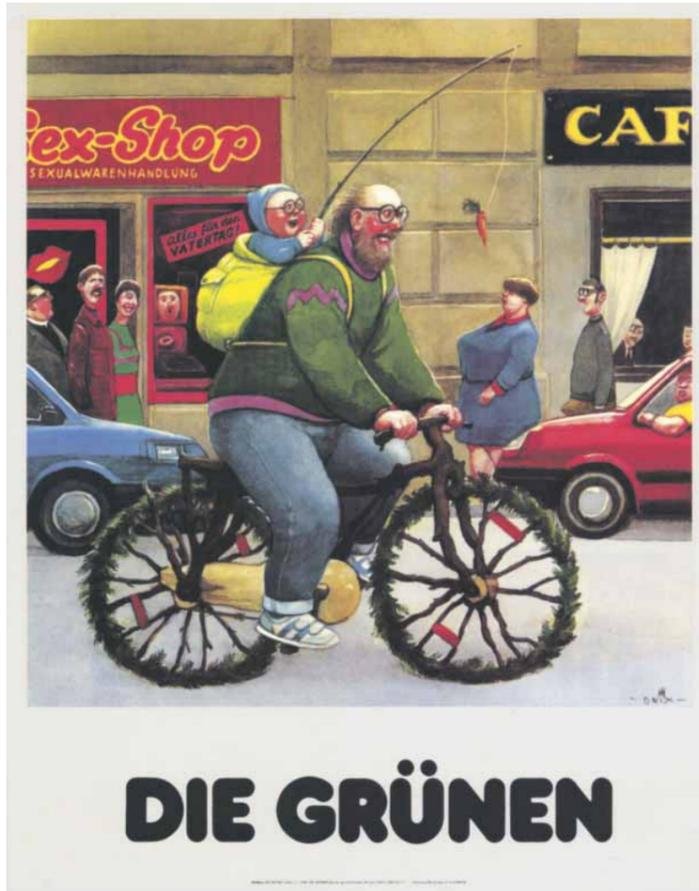
In meinem früheren Leben war ich ein passionierter Autofahrer. Nachdem ich in Berlin lebe, bin ich umgeschwenkt, zumal es hier so flach ist, dass man zum Radfahren geradezu eingeladen wird.

Vor zwei Jahren habe ich mir ein City-Rad gekauft und mir vorgenommen, künftig Einkäufe und Besorgungen mit dem Rad zu erledigen. Das ist aber gar nicht so einfach zu machen, wie ich es mir vorgestellt hatte. Denn die Orte, die ich aufzusuchen habe – Spreecenter, S Bahnhof Kaulsdorf und Mahlsdorf, Aldi und Rewe, die Poststelle und die Zweigstelle der Berliner Sparkasse, das Ärztehaus in der Myslowitzer Straße – sind nicht auf Radwegen oder Radstreifen zu erreichen.

In Kaulsdorf, wo ich wohne, gibt es überhaupt keine Radwege, sondern vor allem Pflasterstraßen, die für Radfahrer recht unangenehm zu befahren sind, so dass sie unerlaubterweise auf die Gehwege ausweichen. Als echten Mangel empfinde ich es, dass die Bausdorfstraße bzw. Wodanstraße, die die S-Bahnhöfe Mahlsdorf und Kaulsdorf verbindet, weder Radwege noch Radstreifen hat und ihre Fahrbahn durch die Parkerausweisung für Autos links und rechts so schmal ist, dass schon die Autofahrer im Gegenverkehr kaum aneinander vorbeikommen und Radfahrer auf der Straße zu stehenden Hindernissen werden.

Ein Blick auf die neue Radwegkarte, die vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf erstellt wurde, zeigt, dass es durchgehende Radwege nur an den Schnellstraßen gibt. Ziel eines Ausbaus des Radwegenetzes müsste es jedoch sein, die Straßen zu den Einkaufszentren, Gesundheitszentren und Verkehrszentren mit Radwegen bzw. Radstreifen so auszustatten, dass sie für die AnwohnerInnen mit dem Fahrrad gut zu erreichen sind.

Hier sehe ich eine Aufgabe für die Bündnisgrünen. Die politischen Bedingungen für den Ausbau des Radwegenetzes sind derzeit nicht ungünstig. Der Berliner Senat hat gerade die Neuauflage der Radverkehrsstrategie beschlossen, die jahrelang verzögert worden war. Umwelterorientierte Organisationen wie der BUND und der ADFC haben



Plakat: Die Grünen, Bundestagswahl 1990 / Grafik: Manfred Deix

bereits wichtige Vorarbeiten für die zu treffenden Maßnahmen geleistet und sind die fachlich versierten Gesprächspartner, wenn es darum geht, der Radverkehrsstrategie des Senats Leben einzuhauchen und Berlin „fahrradklimatisch“ voranzubringen. Dass in dieser Hinsicht einiges getan werden könnte, zeigt die vom ADFC veröffentlichte Rangliste der fahrradfreundlichsten

Großstädte Deutschlands, in der Berlin mit der Note 4,01 abgeschlagen auf Platz 24 hinter den führenden Städten Münster und Freiburg rangiert. Hier ließe sich ansetzen.



Eckard Holler

Radwegkarte Marzah-Hellersdorf

Der Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat eine Radwegkarte von Marzahn-Hellersdorf erarbeitet. Sie ist kostenfrei erhältlich in der Tourist-Info, Eisenacher Straße 99, 12685 Berlin oder in der Wirtschaftsförderung – ZAK. (Email: kathrin.ruediger@ba-mh.verwalt-berlin.de)

Sieben Stolpersteine für die Familie Guthmann

Am 28.03.13 wurden von dem Künstler Gunter Demnig zum Gedenken an die Familie Guthmann, die von den Nazis in Auschwitz und Buchenwald ermordet wurde, sieben Stolpersteine verlegt.



Stolpersteine in der Lemkestraße in Mahlsdorf

Foto: Eckard Holler

Sie wurden in den Bürgersteig in der Lemkestraße 156 in Mahlsdorf eingelassen, wo die Familie 1943 zuletzt gewohnt hatte. Die Initiative ging von einer Schülergruppe des Otto-Nagel-Gymnasiums aus, die von der ONG Schülerhilfe und verschiedenen Stellen des Bezirkes unterstützt wurde. Der Stolpersteinverlegung ging eine Gedenkveranstaltung voraus, bei der die Schülergruppe über ihre Initiative berichtete. Emotionaler Höhepunkt

war der Redebeitrag von zwei Familienangehörigen der Familie Guthmann, die eigens aus Brüssel angereist waren. Sie stellten sich als die Töchter von Leopold Guthmann vor, der als einziger Auschwitz überlebte hatte, und dankten den Schülern für ihren Einsatz. Trotz des Lobs für die Gedenkaktion, mit der die Lemkestr. 156 in Berlin-Mahlsdorf Teil des größten dezentralen Mahnmals zum Holocaust in Europa wurde, bleibt ein

dunkler Punkt in der Aufarbeitung dieses Nazi-Verbrechens. Die Stadt Berlin hat nämlich das Wohnhaus und Grundstück der Familie Guthmann entschädigungslos enteignet und in den Friedhof Mahlsdorf einbezogen.



Eckard Holler

Von Vancouver über Rio nach Marzahn-Hellersdorf

1983: Auf der Weltkirchenkonferenz in Vancouver (Kanada) begann der „Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der christlichen Kirchen, dem wir (viele Christen und Nichtchristen) bis heute verpflichtet sind.

1983: Mittelstreckenraketen der Sowjetunion in der DDR, Marschflugkörper der USA in der BRD. Atomkrieg droht. In der BRD gab es starken öffentlichen Widerstand gegen die militärische wie zivile „Nutzung“ der Atomkraft. Wasser-, Luft- und Bodenschmutzung, Braunkohleabbau und radioaktive Verseuchung in der DDR bedrohten die Natur auch der Nachbarländer. In der DDR durfte man das alles nicht wissen. Einige aber redeten trotz Gefängnis, Berufsverbot und Ausweisung.

1988/89: All dies kommt in drei „Ökumenischen Versammlungen“ der Kirchen in der DDR zur Sprache. Es folgt die friedliche Revolution 1989/90: An den Runden Tischen auch in Hellersdorf und Marzahn konnten wir auf diese Erfahrungen zurückgreifen und am Aufbau der Demokratie bei uns mitwirken. Wir - das waren die Umweltbewegten und Naturschützer, die aufbegehrenden Jugendlichen und die empörten Christen. Wir - das waren diejenigen, die dem „Wir wollen raus!“ der Entmutigten das „Wir bleiben hier“ der Hoffenden entgegengesetzten. Wir

- das waren Oppositionelle, wie vom „Sozialismus in den Farben der DDR“ Enttäuschte und endlich vom Schlaf erwachte. Wir - das waren die Grüne Partei und das Neue Forum, Demokratie Jetzt und Initiative für Menschenrechte und Gleichgesinnte von 1989/90, die heute als Bündnis90/die Grünen unseren Bezirk mitgestalten.

1992: Die Welt-Klima-Konferenz in Rio de Janeiro beschließt die Globale Agenda 21, ein Programm für das 21. Jahrhundert. Motto: Global denken, lokal handeln! Ihm ist auch die Lokale Agenda 21 Marzahn-Hellersdorf verpflichtet.

Im Jahr 2000 legte die UNO Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) fest. Sie gehören zu den weltweiten Gedanken, die unser lokales Handeln bestimmen. Ziel ist beispielsweise die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers.

2012: Auf BündnisGrüne Initiative legt das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf den Entwurf für ein bezirkliches Klimaschutzkonzept vor. Mit diesem ersten Schritt bezirklicher Klimapolitik ist es gelungen, eine neue Grundlage für zukünftiges kommunales Handeln zu schaffen.



Ernst Gottfried Buntrock

Wernerbad steht kurz vor Verkauf

Hundert Jahre Freibad Wernerbad sind zu Ende. Die Berliner Bäderbetriebe und der Bezirk wollen das Gelände vermarkten.

Es soll dort eine Einrichtung für Menschen mit Demenz gebaut werden. Gleich vorweg, Bündnis 90/Die Grünen sind nicht prinzipiell gegen eine solche Wohnanlage. Aber für das Areal des Wernerbades lehnen wir eine derart großflächige, kompakte Bebauung mit hochgradiger Bodenversiegelung, so wie sie das vom Bezirksamt vorgestellte Modell der Wohnanlage aufweist, strikt ab.

Das Wernerbad mit Umfeld ist ein artenreiches Biotop mit hohem Erlebniswert und ist geschützt durch das Naturschutzgesetz. Im Flächennutzungsplan von Berlin, das ist die Grundlagenplanung, ist es als Grünraum dargestellt. Wer wollte die Umwidmung? Optimal wäre die Schaffung einer öffentlichen Parkanlage.

Das gesamte Gebiet ist mit Schichtenwasser belastet, häufig dringt es in die Keller der Umgebung ein. Jede bauliche Verdichtung und größere Versiegelung führt zum Anstieg des Kellerwassers und schädigt damit die vorhandene Bausubstanz und Wohnqualität. Das Gebiet muss so entwickelt werden, dass keine Verschlechterung für die Anwohner auftritt und der Wernersee als lebensfähiges Biotop erhalten bleibt.



Maria Hartwig, Bürgerdeputierte im Ausschuss für Wirtschaft, Jobcenter und Ökologische Stadtentwicklung

Schwerer Eingriff ins Mahlsdorfer Ortsbild

Nachdem in Mahlsdorf nun bereits zwei Discounter ihre Bauanträge eingereicht haben und zwei Investoren nach Veränderungen bauen können, will sich nun ein weiterer Discounter im unmittelbaren Ortzentrum (am Kreis) ansiedeln.

All das geschieht, bevor die Akteursrunde eine Ortserhaltungssatzung erarbeitet hat. Es kommt der Verdacht auf, hier sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor die Ortserhaltungssatzung fertig ist. Die Bürgerdeputierte Maria Hartwig äußerte: „Ich bin entsetzt, wie hier mit der Demokratie und der Bürgerbeteiligung umgegangen wird“.

Viele Mahlsdorferinnen und Mahlsdorfer beobachten seit Jahren mit Sorge die Entwicklung ihrer Einkaufsinfrastruktur. In räumlicher Nähe zum S-Bahnhof betrieb Anfang der neunziger Jahre SPAR eine Verkaufseinrichtung. Sie wurde wegen Kundenmangel geschlossen, kurz nachdem PLUS in der Hönowener Straße eröffnet hatte. PLUS gab wegen Kundenmangel auf,

kurz nachdem NETTO im Roller-Objekt eröffnet hatte. NETTO schloss Anfang 2012 wegen Kundenmangel, kurz nachdem PENNY eröffnet wurde. Für alle drei Verkaufsräume gab es keinen Nachfolger. Soll dieser Verdrängungswettbewerb vom Bezirksamt gefördert und fortgesetzt werden? Werden schon jetzt noch nicht errichtete Bauvorhaben zu Investruinen, weil zu viel Handelsfläche entsteht?

Alles geht voran, nur ein ortsverträgliches Verkehrskonzept fehlt. Durch die geplanten Handelseinrichtungen wird noch mehr Verkehr auf der Hönowener Straße entstehen. Als erste Voraussetzung einer positiven und zukunftsweisenden Ortsentwicklung fordern Bündnis 90/Die Grünen endlich das Verkehrskonzept ein.



Nickel von Neumann, Bündnisgrüner Bezirksverordneter

IGA 2017 – Chance für Marzahn-Hellersdorf

Den Zielen der Nachhaltigkeit und der Ressourcenschonung verpflichtet

Was für Berlin eher als Notlösung erschien ist für uns in Marzahn-Hellersdorf eine Chance, die internationale Gartenbauausstellung (IGA 2017) in Marzahn-Hellersdorf. Wir können auf Vorhandenem aufbauen, unseren Gärten der Welt, dem renaturierten Wuhletal, dem Schloßpark Biesdorf und anderes mehr. So können wir auch das Image unseres Bezirkes in der Öffentlichkeit aufpolieren, der örtlichen Wirtschaft und unserem Kulturleben neue Impulse geben, die Standortqualität aufbessern, Fördergelder einwerben, um unsere Park- und Gartenlandschaft weiter auszugestalten, das Grün auf und um den Kienberg herum, inklusive Wege, Spielplätze, Instandsetzung und Aufwertung vorhandener Grün- und Erholungsflächen.

Auf der anderen Seite gibt es viele Befürchtungen, dass mit diesem Großprojekt und den damit verbundenen Baumaßnahmen und Besucherströmen das Vorhandene leidet und zerstört wird. Wir werden uns dafür einsetzen, entstandene Biotope, erkämpfte Erfolge z.B. bei der Wuhletalrenaturierung und die Natur auf und um den Kienberg herum zu erhalten. Orte wie die Gärten der Welt, die bisher frei oder zu sozialverträglichen Preisen tagtäglich zugänglich sind, müssen dies auch zukünftig bleiben.

Bündnis 90/Die Grünen in Marzahn-Hellersdorf sehen die IGA durchaus als eine Chance. Und zwar dann, wenn es uns gelingt, die unterschiedlichen Erwartungen in einen guten Kompromiss zusammen zu binden. Wir wollen keine großartige Prachtshow für ein paar Monate mit fremdartigen, tropischen Gewächsen, die uns danach „Ruinen“, fremde Pflanzenwelten und ungepflegte Flächen hinterlässt.

Mit unserem Antrag in der BVV haben wir zum Ausdruck gebracht,

unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen „grünen“ Anforderungen wir uns eine IGA im Bezirk vorstellen können. Im Dezember 2012 wurden schließlich parteiübergreifend einstimmig in der BVV die „Leitlinien für eine IGA“ (Drucksache 0507/VII) beschlossen. Mitgewirkt haben dabei ExpertInnen der Umweltverbände (NABU, BUND), die Gartenfreunde, Organisationen der Umweltbildung und interessierte Bürgerinnen und Bürger mit ihren Erfahrungen, ihrer fachlichen Kompetenz, und vielen Ideen. Auf diese gemeinsame Arbeitsebene können wir uns bei der Planung und Ausgestaltung der IGA 2017 stützen.

Ressourcenschonung, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, Biodiversität und Auswirkungen des Klimawandels in der Region werden im Vordergrund stehen. Saat und Pflanzgut soll aus der Region stammen bzw. dort beheimatet sein. Die Biodiversität soll entsprechend der Berliner Strategie zur biologischen Vielfalt gefördert werden. Die spätere Nutzung und ein ggf. erforderlicher Rückbau muss in die Planung integriert werden.

Nahrung und Getränke sollen aus kontrolliert biologischem Anbau aus der Region und Fleisch aus artgerechter Tierhaltung angeboten werden. Dabei sollen auch Anbaumethoden und Produkte vorgestellt werden. Die IGA kann damit zum ökologischen Lern- und Erlebnisort für Erwachsene, Familien, Kinder werden. Die Eintrittspreise müssen sozial verträglich und familienfreundlich sein. Alles muss barrierefrei sein.



Bernadette Kern,
Vorsitzende der
Bündnisgrünen Fraktion
in Marzahn-Hellersdorf

BündnisGrüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Sie finden uns im Rathaus am Helene-Weigel-Platz im Raum 307.

Tel: 030 / 90 293 5817

Mail: fraktionsbuero@gruenemarzahnhellersdorf.de

Web: bv.v.gruenemarzahnhellersdorf.de

Sprechzeiten: Montag 14 - 17 Uhr
Mittwoch 11 - 14 Uhr

Postanschrift: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der
BVV Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8
12681 Berlin

Die BündnisGrünen Verordneten

Bernadette Kern

Fraktionsvorsitzende

Mitglied in den Ausschüssen für
- Umwelt, Natur und Lokale Agenda 21
- Siedlungsgebiete, Verkehr und Landschaftsplanung
- Ältestenrat



Beate Buchwald

stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Mitglied in den Ausschüssen für
- Gesundheit, Soziales und SeniorInnen
- Gleichstellung und Menschen mit Behinderungen
- Integration
- Rechnungsprüfung, Eingaben und Beschwerden



Rafaela Kiene

Mitglied in den Ausschüssen für
- Weiterbildung und Kultur
- Schule und Sport



Nickel von Neumann

Mitglied in den Ausschüssen für
- Wirtschaft, Jobcenter und Ökologische
Stadtentwicklung
- Jugendhilfeausschuss
- Hauptausschuss



Klimaschutzkonzept für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf

„Klimaschutz – puh, das hat doch schon sooo ´nen Bart, haben wir doch schon alles durch und erledigt.“ Ja, das möchte man meinen und schön wär ´s ja, wenn es so wäre. Aber es ist mitnichten so, nicht in Berlin und nicht in unserem Bezirk.

Um dies endlich zu ändern, stellte die Bündnisgrüne Fraktion Ende 2011 einen Antrag auf die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes mit Hilfe von Bundesfördermitteln und mit der Unterstützung durch externe Fachleute. Entgegen den Zusagen liegt es nun erst seit Dezember 2012 auf dem Tisch der BVV, Drucksache 0690/VII. Im Februar 2013 erfolgte die Vorstellung durch die Vertreter von B. & S.U. und GfE e.V., die das Konzept erarbeiteten, im Ausschuss für Umwelt, Natur und Lokale Agenda 21.

Nach Lichtenberg und Steglitz-Zehlendorf sind wir damit der dritte Bezirk, für den so ein Konzept vorliegt. Dies ist ein großer Bündnisgrüner Erfolg. Wichtigstes Ergebnis sind die ca. fünfzig vorgeschlagenen Maßnahmen. Dazu gehört vor allem die Einschätzung, dass das A und O in der Folge nun die ständige Arbeit einer/s Klimaschutzbeauftragten ist, die für die Umsetzung dieses Konzeptes sorgt, die verschiedenen Abteilungen des Bezirksamtes koordiniert und die entsprechenden Kompetenzen erhält.

Die Einrichtung einer Stelle für eine/n Klimaschutzbeauftragte/n im Bezirk war Inhalt der Zählvereinbarung zwischen SPD, CDU und BündnisGrünen zur Wahl des Bezirksbürgermeisters im Oktober 2011. Der Bürgermeister wurde gewählt, aber mit dem Klimaschutz konkret im Bezirk haben es SPD und CDU bisher nicht ernst gemeint. Der/die Klimaschutzbeauftragte fehlt bisher, ebenso wie die ausreichende Ausstattung der Stelle eines/r Energiebeauftragten, die seit Jahren von der BVV beschlossen ist.

Das einmalige Projekt der Klimadektive an zwei, drei Tagen im Frühjahr 2012 an drei Schulen im Bezirk hat gezeigt, wie es konkret aussieht: 27° Celsius in den Klassenräumen, Energieverschwendung und CO₂-Emission pur. Also reichlich Bedarf für entsprechende weitere Projekte an Schulen.

Energiebeauftragter, Klimaschutzkonzept, Projekte an den Schulen sind alles Initiativen und Erfolge Bünd-



Plakat: Die Grünen 1979 / Grafik: GrafWerkstatt Bielefeld

nisgrüner Arbeit, auch wenn sie sich sehr schleppend einstellen und immer wieder die Umsetzung erkämpft werden muss. SPD und CDU sind dringend dran, nachzuweisen, dass Klimagerechtigkeit und eigenes konkretes Handeln in ihrer politischen Verantwortung nicht nur ein Lippenbekenntnis und Wahlkampfeifenblasen sind. Weitere

Informationen zum Klimaschutz in Marzahn-Hellersdorf finden Sie auf www.gruenemarzahnhellersdorf.de/klimaschutz.



Bernadette Kern,
Vorsitzende des
Ausschusses Umwelt,
Natur, Lokale Agenda 21

Parkfriedhof Marzahn

Ein Ort an dem man Geschichte lernen kann

Seit vielen Jahren besuche ich den Friedhof zu verschiedenen Gedenkanklässen z. B. am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Als Armenfriedhof draußen vor der Stadt 1909 gegründet, kann man hier die deutsche Geschichte in ihren negativen Auswirkungen studieren.

Am Südeingang betrete ich den Friedhof und erblicke die sogenannte Schwurhand, geschaffen 1951/52. Sie erinnert an 3.330 Opfer, die durch Bomben im Zweiten Weltkrieg in Berlin ums Leben kamen, als der von den Deutschen entfachte Zweite Weltkrieg auf die Heimat zurückschlug. Unmittelbar dahinter befinden sich Soldatengräber aus dem Ersten Weltkrieg und daneben die Gräber von Matrosen, die am 12. März 1919 durch Freikorps ermordet wurden. Der furchtbare Erste Weltkrieg mit 17 Millionen Toten und das Ende des Kaiserreiches, eingeläutet durch den Kieler Matrosenaufstand, wird hier erkennbar.

Es folgt rechts neben dem Hauptweg ein Gedenkstein mit der Aufschrift: „46 Menschen starben, damit wir leben“. Er erinnert an Menschen, die durch den nationalsozialistischen Terror in Plötzensee hingerichtet wurden. Sie sind namentlich bekannt und



Gedenken an
Sintistein Foto: Nickel von Neumann

ihre Schicksale sind zum Teil aus den Akten aufgearbeitet. Ich biege nach 100 Metern nach rechts ab und sehe auf den „Sintistein“. Er wurde 1986 errichtet und erinnert an die vielen Sinti, die anlässlich der olympischen Spiele 1936 aus der Stadt „entfernt“ wurden und hier in Marzahn in einem sogenannten „Zigeunerlager“ unter menschenunwürdigen Bedingungen

interniert wurden. Viele wurden danach in Vernichtungslagern ermordet. An diesem Stein werde ich an die brutale Rassenlehre der Nazis erinnert.

Im nördlichsten Teil des Parkfriedhofs befindet sich eine Gedenksäule mit einer Bronzefigur. Sie erinnert an die mindestens 1.400 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, darunter etwa 100 Kinder, die auf verschiedenen Gräberfeldern bestattet sind. Sie wurden bei verschiedenen Firmen eingesetzt u. a. auch in Marzahn bei der Firma Hasse und Wrede. Ganz in der Nähe befindet sich ein Sowjetisches Ehrenmal, eingeweiht am 7. Oktober 1958. Die Sowjetische Armee erreichte am 21. April 1945 die damalige Stadtgrenze Berlins. Beim Kampf um Berlin fielen auf dem heutigen Bezirksgebiet viele sowjetische Soldaten, oft wurden sie an Ort und Stelle beerdigt. Nach und nach wurden sie auf Friedhöfe umgebettet.

Nachdenklich verlasse ich am Nordeingang den Friedhof und hoffe, dass man in Deutschland seine geschichtlichen Lektionen gelernt hat!



Nickel von Neumann,
Bündnisgrüner
Bezirksverordneter

Europas Geschäftsmodell korrigieren

Sparen allein bringt Europa nicht aus der Krise. Deshalb ist ein europäischer Steuerpakt für Bündnis 90/Die Grünen eine Frage der Gerechtigkeit.

1.000 Milliarden Euro Steuereinnahmen entgehen allen 27 EU-Mitgliedern pro Jahr durch legale und illegale Steuerflucht, sagt der EU-Steuerkommissar Semeta. Steuern auf Vermögen sind in der EU seit 2000 auf gleichbleibend niedrigem Niveau, der Anteil der unternehmensbezogenen Steuern ging in den letzten zehn Jahren um über 15 Prozent zurück, der Anteil der Kapitalertragsteuern um rund 10 Prozent. Der Binnenmarkt hat die Grenzen für Unternehmen und Kapital zu Fall gebracht, aber die Steuersysteme sind national geblieben. Deshalb ist heute fast jedes Land in der EU die Steueroase eines anderen: niedrige Unternehmensteuern in Irland, Holding-Privilegien in Zypern und den Niederlanden, Steuergestaltung für vermögende Privatpersonen in Luxemburg, Sonderbehandlung von Kapitaleinkommen in Österreich, laxe Geldwäscheregeln in Deutschland. Europas Geschäftsmodell insgesamt braucht eine Korrektur.

Deshalb sind wir Grüne für einen europäischen Steuerpakt: Zusammen statt gegeneinander arbeiten in ganz Europa für Steuergerechtigkeit. Denn es darf nicht sein, dass nur gerade die besonders reichen Privatleute und die großen Konzerne Steuerschlupflöcher ausnutzen, während die Normalverdiener und mittelständische Unternehmen die regulären Steuerstände bezahlen. Deshalb ist der Steuerpakt eine Frage der Gerechtigkeit und er ist außerdem ökonomisch notwendig. Sparen allein bringt Europa nicht aus der Krise. Um zukunftsfähig zu werden braucht es Investitionen z. B. in Bildung, Forschung und Infrastruktur statt weiterer Kürzungen. Aber selbst mit allem politischen Willen und einer

funktionierenden Steuerverwaltung sind Krisenländer wie Griechenland allein zu schwach, sich gegen Steueroasen und Dumping nebenan durchzusetzen. Deshalb ist ein gemeinsames europäisches Vorgehen so wichtig.

Unser Steuerpakt hat vier Teile: Erstens schließen wir Steueroasen durch die Abschaffung des Bankgeheimnis. Die Bundesregierung hatte mit der Schweiz ein Steuerabkommen verhandelt, das Steuerhinterziehern Anonymität zusicherte. Wir wollen stattdessen den umfassenden automatisierten Informationsaustausch der Behörden, eine gemeinsame Definition für Niedrigsteuergelände und Strafsteuern für Transfers dorthin. Angesichts der Schuldenkrise bauen wir zweitens mit unserer grünen Vermögensabgabe 100 Milliarden Euro Schulden ab. Durch eine Abgabepflicht nur für die ein Prozent vermögendsten Deutschen ist sie sozial. Sie ist wirtschaftlich verträglich, weil sie die Nachfrage nicht reduziert und auch von Unternehmern aus ihren Zinsen gezahlt werden kann. Nach diesem Vorbild wollen wir Vermögensabgaben EU-weit koordiniert als Grundlage für einen europäischen Schuldentilgungspakt. Drittens brauchen wir eine europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung. Damit Profite nicht mehr verschoben werden können, sollen sie nach klaren Kriterien dort besteuert werden, wo sie mithilfe regionaler Infrastruktur erwirtschaftet werden. Ein Mindeststeuersatz für Unternehmen von 25 Prozent verhindert Dumping. Viertens machen wir die Besteuerung von Ressourcen europaweit gerechter, z.B. durch höhere Mindestsätze in der Energiesteuerlinie und die Reduzierung von Ausnahmen.



Plakat: Bündnis 90/Die Grünen, Europawahl 1994 / Agentur Trust Corporate Culture

Und weiterhin kämpfen wir für eine Finanztransaktionssteuer in verstärkter Zusammenarbeit der EU. Sie macht häufige Umschichtungen weniger attraktiv, langfristiges Investments lohnen eher. SparerInnen profitieren von sinkenden Gebühren in Fonds, der spekulative Hochfrequenzhandel wird hingegen unprofitabel.

Dieser Steuerpakt stellt Fairness in der Marktwirtschaft wieder her. Denn die ist verletzt, wenn wie heute die ganz großen Konzerne wie Google, Apple, Starbucks nur 5 Prozent Unternehmenssteuern zahlen, während der Mittelstand 30 Prozent zahlt. Innovation wird gehemmt, wenn Unternehmen mit neuen Ideen nicht nur gegen die Marktmacht, sondern auch gegen die de-facto Subvention der Großen ankämpfen müssen. Eine Bundesregierung, die dagegen die heilsamen Wirkungen des Steuerwettbewerbs propagiert, handelt nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch unklug. Europas Geschäftsmodell lässt sich nur mit einer neuen Regierung korrigieren. Die Tage bis dahin zählt der www.abwaehlkalender.de.



Lisa Paus
Mitglied des
Deutschen Bundestages
und bündnisgrüne
Kandidatin auf Platz 3
der Berliner Landesliste

Die Welt und das Töten Eine nie endende Geschichte

Im Jahr 2012 gab es weltweit 34 bewaffnete Konflikte, darunter 24 Kriege. Einer davon findet in Syrien statt.

Syrien ist ein Land mit einer reichen Kulturgeschichte. Nach mehr als zwei Jahren Bürgerkrieg ist das Land auf dem besten Wege ein zweites Somalia zu werden. Die Bilanz lautet: ca. 80.000 Tote, mehr als 100.000 Menschen in den Gefängnissen, mehr als 100.000 vermisst, 1 Million registrierte Flüchtlinge, wobei die UN allein im Libanon mit einer Million Flüchtlingen rechnet und mehr als 4 Millionen Flüchtlinge innerhalb des Landes. Vor dem Krieg hatte Syrien 23 Millionen Einwohner.

Die Lage ist heute unübersichtlich, das Regime um den Präsidenten Bashar Al Assad tötet die eigene Bevölkerung, die Opposition besteht aus unzähligen Gruppen, welche zum Teil stark radikalisiert sind und ebenso für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Beispielhaft für die Radikalisierung der Opposition ist Al-Nusra, die von Al-Kaida unterstützt wird. Viele Syrer wissen nicht mehr, welche Gruppierung besser für das Land ist. Es ist

mittlerweile die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Hinzu kommt, dass die internationale Gemeinschaft tatenlos zusieht. Staaten wie Russland und China unterstützen, auch mit Waffenlieferungen, den Präsidenten. Auf der anderen Seite unterstützen Saudi-Arabien und Katar, ebenfalls mit Waffenlieferungen, die radikale Opposition. Eine Lösung kann es nur mit allen Parteien im Land geben, auch mit dem Präsidenten. Einseitige Waffenlieferungen befeuern nur den Konflikt und beschern den Waffenhändlern ein gutes Geschäft.

Und was macht Europa? Europa schottet sich ab. Flüchtlinge sterben in den Fluten des Mittelmeers, oder werden in ein Minenfeld zwischen Griechenland und die Türkei gejagt. Innenminister Friedrich hat nun bekannt gegeben bis Ende des Jahres 5.000 Flüchtlinge aufzunehmen, sortiert nach Religion.

Eine Sortierung darf es nicht geben. Europa, allen voran Deutschland, muss mehr tun. Europa kann sich ein Krisengebiet vor den eigenen Toren nicht leisten. Ich sehe das Leid der Bevölkerung täglich, meine Frau ist Syrerin und ihre Familie ist dort. Da liegt es nahe, dass Sie uns in Deutschland für eine gewisse Zeit besuchen kommen. Doch wie aus Kreisen des Innenministeriums zu hören ist, und wie wir selbst leidvoll erfahren mussten, werden keine Visa an Syrer vergeben.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für ein solidarisches, humanitäres Europa. Ein Antrag zur Gewährung von Visa für Syrer, die Familie in Deutschland haben, wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt. Für die Familie meiner Frau heißt das: Warten bis der Tod kommt.



Sven Bunkus

Stromkunden entlasten - Ökostrom ausbauen

Die schwarz-gelbe Merkel-Regierung hat sich zwar vor fast zwei Jahren öffentlich zur Energiewende durch den bereits unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg bekannt, gleichzeitig aber den Einstieg in die Energiewende verpasst.

Immer weitere Teile der Wirtschaft wurden ohne echte Notwendigkeit von Strompreisbestandteilen befreit. Dies geschah auf Kosten der übrigen Stromkunden, die die Befreiungen der Großindustrie seitdem mitfinanzieren müssen. Dabei ist es schlichtweg Niemandem zu erklären, warum Schlachtbetriebe, Rechenzentren und Golfplätze weniger für den Strom bezahlen müssen als wir. Allein im vergangenen Jahr wurden sie mit über 9 Mrd. Euro entlastet.

Union und FDP schieben die Strompreissteigerungen gerne auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dabei sind vor allem die Preise für fossile Energieträger – etwa für Öl über 60% und für Gas über 30% - gestiegen. Der Strompreis ist somit seit 2002 um etwa 10 ct/kWh auf knapp 27 ct/kWh gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die EEG-Umlage (EEG=Erneuerbare-Energien-Gesetz), also die von jedem Haushalt zu finanzierenden Mehrkosten für Ökostrom, nur um 3,3 ct/kWh und liegt derzeit bei 5,27 ct/kWh. Zwei Drittel der Strompreiserhöhung haben also gar nichts mit dem Ökostromausbau zu tun.

Viele Haushalte sind durch die Preissteigerungen bei Strom und Wärme finan-

ziell überlastet. Bündnis 90/Die Grünen nehmen die Sorgen der Menschen über steigende Energiekosten sehr ernst. Im Gegensatz zu CDU/CSU und FDP setzen sich die Grünen für eine faire Kostenverteilung bei der Energiewende ein. Dazu gehört u.a. ein Klimawohngeld, eine verstärkte Energieberatung für Einsparmöglichkeiten im Haushalt, finanzielle Zuschüsse bei der energetischen Sanierung und die Verpflichtung der Stromlieferanten, einen Stromspartarif anzubieten, der stromsparenden Verbrauch belohnt.



Titus Rebbahn

Service

Sie möchten persönlich mit uns Kontakt aufnehmen? Dann besuchen Sie uns in der Sprechstunde, rufen an oder schicken eine Mail.

Sprechzeiten
Montags von 17 bis 19 Uhr

Geschäftsstelle
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Marzahn-Hellersdorf
Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin

Tel: 030 / 541 40 19

info@gruenemarzahnhellersdorf.de
www.gruenemarzahnhellersdorf.de



Impressum



Herausgeberin: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Marzahn-Hellersdorf
Alt-Biesdorf 62
12683 Berlin

Redaktion: Stefan Ziller (ViSdP)

Satz & Layout: Jörn Jaath

Grafiken: Jörn Jaath

Auflage: 10.000

Druck: Henke Pressedruck